



PRESSEERKLÄRUNG

15.03.2008

Islam-Unterricht Schritt in falsche Richtung

Zur geplanten Einführung des Islam-Unterrichtes an Schulen erklärt Hasan Kamalak, Generalsekretär der DIDF:

“Die Beschlüsse der dritten Islamkonferenz werden als großer Durchbruch gefeiert. Doch das sind sie nicht. Statt den Islam-Unterricht einzuführen, sollte die Regierung für die strikte Trennung von Staat und Kirche sorgen. Religionen spielen in der Politik eine immer größere Rolle. Dies ist ein Grund zur Sorge.

Es ist unmöglich, die Beschlüsse der dritten Islamkonferenz als ein Schritt zur besseren Integration von Migranten zu bewerten. Es ist eine falsche Entscheidung, islamischen Religionsunterricht als Schulfach einzuführen. Damit wird die Religion ein Stück weiter in das Bildungssystem hineingetragen. Bildung muss jedoch in einem wahren Sinne laizistisch und demokratisch sein. Statt bekenntnisorientierten Religionsunterricht sollte an allen Schulen ein konfessionsübergreifender Ethikunterricht angeboten werden. Dieses Modell existiert bereits in verschiedenen Bundesländern und könnte ausgebaut werden.

Sowohl die Bundesregierung als auch verschiedene Migrantenvereine führen die Gleichberechtigung der Religionen als Grund für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes an. Ja, auch wir sind für die Gleichberechtigung der Religionen. Doch diese Gleichberechtigung muss auf dem Fundament des Laizismus aufgebaut werden. Der Staat sollte die Religionsfreiheit gewährleisten, sich aber aus weiteren Religionsfragen weitgehend heraushalten.

Als Föderation kämpfen wir seit nahezu dreißig Jahren für die Gleichstellung aller in Deutschland lebender Menschen, für die Gleichberechtigung der Religionen und für eine strikte Trennung von Staat und Kirche. Dazu gehört auch, dass religiöse Einrichtungen sich selbst finanzieren. Der Staat muss seine Distanz zu allen Religionen bewahren.”